

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 16 (1975)  
**Heft:** 11

**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# à propos Mensch

Sind Sie Mittelschüler? Lehrling? Student? Haben Sie Söhne und Töchter in diesem Alter?

So oder so — man kann sich vorstellen, dass junge Leute kritisch sind. Damit ist nicht gemeint, dass sie alles und jedes herunterreissen; kritisch heisst «streng prüfend und beurteilend, anspruchsvoll». Zum Urteilen braucht man einen entsprechenden Massstab, das liegt auf der Hand, ein verbindliches Wertesystem. Als Mittelschüler hat man das vielleicht noch nicht erworben, aber wenn einer auch nur ein bisschen anspruchsvoll ist, wird er Theorie und Praxis vergleichen und Schlüsse ziehen.

Das haben jüngst auch ein paar junge Sowjetbürger wieder getan: Oberschüler der Zehnjahresschule, Technikumsschüler, Agrotechnikumstudenten. Da sie, weil «streng prüfend und beurteilend, anspruchsvoll», vor keinen heiligen Kühen Respekt hatten, auch nicht vor den Dogmen des sowjetischen Marxismus-Leninismus, konnten sie ihr Hobby nicht auf dem Schulhof oder in einem Café pflegen, nämlich die Soll-Gesellschaft diskutieren. Sondern gründeten 1973 einen Geheimbund, für den sie den Namen «Gesellschaft der Knechte der Heiligen Seraphima» wählten. Und verfassten ein Flugblatt, das zur Auseinandersetzung mit der bestehenden Macht aufrief.

Das wüsten wir allerdings nicht, hätten nicht «Organe des KGB», die schliesslich dafür da sind, dass keiner die heiligen Kühe anrührt, geschweige denn zum Schlachten aufruft, Ende 1974 das Nest auffliegen lassen. Dieses Element des Personenkultes, d. h. der Stalinmethoden, ist nach wie vor in Anwendung: das KGB schleuste einen Provokateur ein. Und so deckten denn die wachsameren «Organe» dank einem Verräter diese 13 Jungen starke Bedrohung des Machtmonopols auf. Was sie erwartet, lässt sich denken, wenn die Mitglieder des 1967 in Leningrad geschnappten «Sozial-christlichen Bundes zur Befreiung Russlands» so um die 7 Jahre strengste Regime erhalten hatten; einer von ihnen, Leonid Borodin, hat soeben die neue Samisdatpublikation «Moskowskij sbornik» herausgegeben. Es ist zu hoffen, dass die jungen Seraphima-Knechte überleben und dem selbständigen Denken treu bleiben.

Jedenfalls zeigte ihr Vorhandensein im «ersten wissenschaftlich-atheistischen» Staat, dass etwas faul war in den betroffenen Bezirken Wosnessensk und Kolomna, Gebiet Moskau. So tagten in allen dortigen Lehranstalten nur die Pädagogensowjets zwecks «Erörterung der Fehler und Mängel in der ideellen Erziehung der Jugend».

Ich fürchte, das Verbot aller heiligen Seraphimas, der Fehler, fehlt auf der Tagesordnung.

HTD

«Im Programm der Bewegung der Streitkräfte (MFA) zur Errichtung eines neuen Portugals vom 25. April 1974 war auch festgelegt worden, dass binnen Jahresfrist demokratische Wahlen (...) stattzufinden hätten. (...) Andererseits waren jedoch in diesem knappen Zeitraum offensichtlich grössere Wählerschichten noch nicht imstande, sich in der neuen politischen Szenerie voll zurechtzufinden, vor allem die politische Demagogie einiger von imperialistischen Ländern freigiebig finanzierten Parteien, namentlich der PPD und der So-

## Zitiert...

zialistischen Partei, zu durchschauen. (...) Wie die Erklärung der Politischen Kommission des ZK der PKP zu den Wahlergebnissen betont, spiegelt die Abstimmung ‚keineswegs allein die Kraft der PKP, ihren Einfluss und ihre unerlässliche Rolle in der portugiesischen Revolution wider‘.

Die Verfassung, welche die ausschliesslich

zu diesem Zweck gewählten Abgeordneten nun auszuarbeiten haben, ist im Prinzip bereits in der Plattform der MFA vorgezeichnet, zu der vorher die Zustimmung aller an den Wahlen beteiligten Parteien eingeholt worden war. Diese Plattform sieht u. a. vor, dass die Verfassung die am 25. April 1974 eingeleitete ökonomische und soziale Reform fördern muss. Solche und andere Feststellungen des von der MFA getragenen Revolutionsrates schliessen einen eventuellen Missbrauch des Wahlergebnisses durch Elemente aus, die die fortschrittliche Entwicklung des Landes stoppen oder gar rückgängig machen möchten. Dennoch wird die Tatsache, dass jene beiden Parteien die meisten Stimmen erhielten, die der Plattform der MFA nur mit manchen Vorbehalten zustimmten, die Konterrevolution zweifellos zu neuen Aktivitäten ermuntern. Erhöhte Wachsamkeit wird also gerade jetzt dringend geboten sein.

Kommentar von Ernst-Otto Schwabe  
zu den portugiesischen Wahlen  
in «Volksarmee», Ostberlin, Nr. 18/1975

## Unsere Meinung

In Portugal haben die Sozialisten den Kampf um ihre Zeitung «Republica» aufgenommen, übrigens die praktisch einzige noch nicht auf kommunistische Linie gleichgeschaltete Zeitung des Landes (die elektronischen Monopolmedien sind ohnehin schon längst in der Hand der KP respektive der ihr gleichgesinnten Militärdiktatoren). Das Aufbäumen ist tragisch; eine verspätete Tapferkeit um fünf nach zwölf.

Dabei waren sämtliche Alarmzeichen gegeben und sichtbar, in jeder Etappe des kommunistischen Weges zur ungeteilten Macht. Aber sie wurden — wie immer — systematisch von jenen missachtet, die noch nicht zu den unmittelbaren Opfern der jeweiligen Phase gehörten. Und die nichts anderes zu tun wussten, als sich von den Bedrohten abzusetzen, um nicht sofort in die Schusslinie des kommunistischen «Partners» zu geraten, den man nie als gemeinsamen Feind aller demokratischen Kräfte zu nennen, geschweige denn zu behandeln wagte — und zwar gerade weil er so offenkundig alleingefährlich war.

Die Sozialisten haben als letzter demokratischer Partner der Kommunisten (in deren politischer und militärischer Gestalt) die Solidarität mit der falschen Seite am längsten gepflegt und sind ihr letztes Opfer geworden. Sie hatten zugeschaut bis mitgemacht, als im September Spinola gestürzt wurde und Portugal seinen Weg in die Demokratie einstellte, um Kurs auf die neue Diktatur zu nehmen. Sie hatten gebilligt, dass der pluralistische Fächer der Parteien und der öffentlichen Meinung gewaltsam immer mehr eingeschränkt wurde. Sie hatten dergleichen getan, als hielten sie das Putschtheater vom März für wahr, das die Machthaber inszenierten, um politische Opponenten zu liquidieren. Sie hatten um ihrer unmittelbaren Schonung willen der MFA-«Plattform» zugestimmt, die den erstmals ge-

wählten Volksvertretern zum vorneherein alle Kompetenzen wegnahm.

Welches Recht haben sie eigentlich heute zum Erstaunen darüber, dass die Kommunisten in ihrer zivilen oder uniformierten Gestalt die Wahlergebnisse souverän missachteten? Welchen Grund haben sie eigentlich zur Erwartung, weniger gemein behandelt zu werden als ihre demokratischen Mitspieler, die sie in den letzten Monaten einen um den andern haben fallen lassen? Mit welcher Logik erwarten sie eigentlich, dass ihre Gegenspieler freiwillig auf die Machtposition verzichten werden, die sie sich mit soviel Skrupellosigkeit erschlichen, erobert oder ange-masst haben?

Vielleicht gibt es noch eine «Chance» rein äusserer Versöhnlichkeit von KP und MFA. Moskau will nach Möglichkeit seinen neuen Stützpunkt am Atlantik vom Westen bezahlen lassen. Der wird es — um der guten Partnerschaft willen — auch tun, wenn man ihm auch nur einen funktionsunfähigen Rest von Alibi-Demokratie vorweist. Denn die Salamtaktik, die in Portugal gesiegt hat, ist im restlichen Westeuropa schon in vollem Gange. *cb*

## Briefe

### Bloss Trittbrettfahrer?

Im letzten «ZeitBild» (Nr. 10) haben Sie dargelegt, dass sich die «progressiven» Atomwerkgegner in einen Widerspruch verwickeln, wenn sie sowohl Kapitalismus als auch A-Werke bekämpfen, weil dort, wo der Kapitalismus beseitigt ist, A-Werke als menschen- und umweltfreundliche Energiequellen geschätzt werden, die man nicht anfechten darf. Dem ideologisierten Teil der sogenannten Gewaltfreien Aktion Kaiseraugst geht

es aber gar nicht um die Ueberwindung von Widersprüchen, sondern um die Ueberwindung unserer demokratischen Gesellschaftsordnung. «Ueber die Problematik der A-Werke, über Kaiseraugst hinaus müssen die grundsätzlichen Fragen des kapitalistischen Systems, speziell der Rolle des bürgerlichen Staates gestellt werden.» («Bresche», 9. 5. 1975)

Weil Atomphysik und Strahlenbiologie den meisten noch Bücher mit sieben Siegeln sind, kann eine irrationale Angst vor dem unbekanntem Atom geschürt werden. Sie bewirkt vielerorts ein gewisses «Verständnis» für das rechtswidrige Verhalten der Besatzer in Kaiseraugst. Sie verhindert zugleich die Einsicht, dass die Missachtung der Rechtsordnung für die Menschen in einer organisierten Gesellschaft viel bedenklicher ist als noch so viele A-Werke.

Geschulte politische Propagandisten benützen die Atom-Angst für ihre eigenen Zwecke, indem sie die emotionale Ablehnung der A-Werke zu einer Ablehnung nicht nur des Kapitalismus, sondern auch des demokratischen Rechtsstaates umfunktionieren. «Die Verhinderung der A-Werke (ist) ein antikapitalistischer Kampf, eine Frage der Macht- bzw. Klassenverhältnisse... Die Besetzung von Kaiseraugst vermittelt davon in beschränktem Ausmass eine Vorstellung, womit der zukünftige Zusammenstoss zwischen den arbeitenden Massen und der bürgerlichen Minderheit vorbereitet wird... Respekt vor dem Rechtsstaat, Obrigkeitgläubigkeit werden nach Kaiseraugst angeknackt sein.» («Bresche», 9. 5. 1975)

Kann deutlicher erklärt werden, warum es den «Progressiven» mit der sogenannten Gewaltfreien Aktion geht? Wer das Eindringen extremer Gruppen in den harten Kern der Besatzerorganisation als «politische Trittbrettfahrerei» abtut, übersieht, dass sie es auf den Führerstand abgesehen haben. M. K.

## Der Kommentar

### Zur Atom-Reportage (Seite 7)

Wir haben im letzten «ZeitBild» gesagt, dass man bei uns keine östlichen Gegner von Atomkraftwerken zitiert, weil es östliche Gegner nicht gibt, nicht geben darf. Unser heutiger Auszug aus «Ogonjok» hilft uns, den implizierten Sinn dieses Satzes doch auch explizit festzuhalten, und dieser Augenschein, denke ich, ist durchaus wert, noch nachgeholt zu werden. Denn natürlich gibt es auch in der Sowjetunion Gegner von Atomkraftwerken, und es darf sie sogar geben, ebensogut ungefähr wie irgendwelche andern leidigen Umstände, mit denen man nun einmal zu rechnen hat. Was es nicht gibt und nicht geben darf, ist «bloss» ihre öffentliche Äusserung, ihre Selbstdarstellung. Sie werden (wie man sieht) nicht einmal notwendigerweise verschwiegen. Nur werden sie dem sowjetischen Publikum gleich in der richtiggestellten Form vorgeführt: als Gerüchtemacher und «Klatschbasen», die man gemütlich auslacht.

Nebenbei wird aus der Reportage doch immerhin klar, dass die Angst unter der einheimischen Bevölkerung verbreitet ist. Sonst wäre es ja auch nicht «wohl interessant», mit den vorbildlichen Männern zu reden, die «keine Angst» haben und sich dadurch offensichtlich auszeichnen. Die andern gibt es auch: in einer zwar nicht bestimmbar, aber erheblichen Anzahl. Und sie werden auch berücksichtigt, nicht ohne Gutmütigkeit: als Erziehungsobjekte. Man muss oder will ihnen den Nutzen und die Notwendigkeit des Atomkraftwerkes begreiflich machen. Und darin erschöpft sich die gesamte Problematik «Atomkraftwerke und Bevölkerung». Und zwar vollkommen und fraglos. Dass die Bevölkerung vielleicht ihrerseits den Behörden irgend etwas begreiflich zu machen hätte, ist ein Gedanke, der nicht einmal als Möglichkeit in Erwägung gezogen wird, so ausgeschlossen ist er im vornherein. Ich höre da schon den «Einwand»: Genau diese Mentalität gebe es unter den Befürwortern von Atomkraftwerken bei uns auch. Sicher: als Darstellung, zu der die Gegendarstellung möglich ist. Und als Unterstützung für ein schon beschlossenes (und immerhin mit unendlich mehr demokratischer Willensbildung als im Alternativsystem beschlossenes) Bauvorhaben, gegen das bei uns sogar Gegenaktionen möglich sind, darunter eine ganze Anzahl legaler. Es steht den Befürwortern der Atomkraftwerke frei, sich als Erzieher der Bevölkerung zur richtigen Einsicht zu fühlen und sich dementsprechend zu äussern. Und das steht auch den Gegnern der Atomkraftwerke frei. Und so wie die Dinge eben liegen, möchte ich sagen, dass sie in ihren Äusserungsmöglichkeiten (z. B. bei den Monopolmedien) mindestens nicht schlechter gestellt sind als die Befürworter.

Das gerade aber ist der Unterschied zu jenem Land zwischen den biblischen Bergen, wo das patriarchalische System des Alten Testaments unangefochten besteht, in der zeitgenössischen Ausprägung ideologischer und auch technischer Art, was sich im KKW-Programm ausdrückt. Wer dort gegen die Atomkraftwerke ist, kann es — und zwar systembedingt — tatsächlich bloss als «Klatschbase» oder «Gerüchtemacher» sein, wie das in der «Ogonjok»-Reportage so treffend gesagt wird. Weil er keine Möglichkeit hat, es als Experte zu sein, oder als Teilnehmer an einer (oder insgesamt an der) öffentlichen Debatte, oder als Demonstrant, oder als Motiönär, oder als Stimmbürger. Und schon gar nicht als Besatzer.

Jetzt aber: Was wird mit alledem bewiesen, wenn es um die hiesige KKW-Diskussion geht? Nichts, überhaupt nichts, wenn das Für und Wider «an sich» zur Debatte steht. Nichts, solange es nur um das Thema geht, ob Atomkraftwerke gut oder schlecht seien, wünschenswert oder verbotswürdig. Aber viel, sehr viel, wenn die Diskussion bei uns mit klassenkämpferischen Argumenten geführt wird, was tatsächlich in einem beträchtlichen Ausmass der Fall ist. Wenn uns zum Beispiel die Gegenüberstellung «Profitsucht interessierter Kreise» und «Willen der Bevölkerung» suggeriert bis anernogen wird. Dann nämlich dürfen, nein, müssen wir zu wissen verlangen, wieso der KKW-Bau ausgerechnet dort nicht einmal angefochten werden darf, wo das besagte (und selbstredend immer kapitalistische) Profitinteresse abgeschafft ist. Hier, wo die Kritik am Kraftwerkbau mit «Systemkritik» verbunden

**ZEITBILD** erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6  
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch  
Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar+Leihkasse Bern 153 400 50, Deutsche Bank Frankfurt a. M. 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

**Verantwortlicher Herausgeber und Verlag**  
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)  
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

#### Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

#### Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

#### Abonnementspreise

Fr. 30.- jährlich (Ausland Fr. 33.-, DM 30.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

(Ausland Fr. 22.-, DM 20.-)

Halbjahr Fr. 16.- (Ausland Fr. 17.-, DM 16.-)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1.50)

wird, hier haben wir das Recht, nein, die Pflicht, die Systemkritik entsprechend zu adressieren.

Und bloss in diesem Zusammenhang, aber in diesem Zusammenhang dafür unbedingt, haben wir an die Gegner unserer Gesellschaftsordnung unter den Gegnern der Atomkraftwerke die Frage zu stellen, was sie denn von den diesbezüglichen Zuständen beispielsweise in der UdSSR halten. Es sind sie selber, und nicht die andern, welche die Frage nach dem System als die Grundfrage für jegliche Problematik verstehen; wie lange soll man es ihnen eigentlich noch zulassen, sich dieser Frage am sowjetischen Exempel zu entziehen? Heissen sie die Atomkraftwerke dort gut, dann ist zu fragen, wieso sie sich dann eigentlich unter die Gegner von Atomkraftwerken einreihen. Verurteilen sie die Atomkraftwerke auch dort, dann ist nach der Verantwortung des Systems zu fragen, eine Frage, die — wie gesagt — durch die vorgegebene Weltanschauung selbst legitimiert ist. Aber fragen muss man: öffentlich, laut, andauernd.

\*

Für diesen Kommentar spielt es überhaupt keine Rolle, ob ich Befürworter oder Gegner von Atomkraftwerken bin. Aber für diejenigen, die allenfalls wissen möchten, ob ich vielleicht Angst habe, hier Farbe zu bekennen (wäre das denn bei uns schon ein denkbarer Anlass, Angst zu haben?): Ja, ich befürworte sie. Hauptsächlich darum, weil ich unsere Energieabhängigkeit gerne etwas weniger einseitig hätte. Aber um diese Frage ist es mir in diesem Beitrag nicht gegangen. Ich empfehle ja schliesslich nicht, auf dem Sektor Atomkraftwerk dem Beispiel der nichtkapitalistischen Länder zu folgen, was ich tun müsste, wenn der KKW-Bau mein primäres Anliegen wäre. Im Gegenteil: Ich empfehle, ihrem Beispiel der Missachtung jeglicher Opposition nicht zu folgen, auf das Risiko hin, dass der Bau von Atomkraftwerken hier darunter leidet. Und jetzt möchte ich gerne von den prokommunistischen Gegnern — die andern sind bei der Problemstellung dieses Kommentars ausgeklammert — der Atomkraftwerke ebenfalls zu hören bekommen, ob man dem Beispiel der nichtkapitalistischen Länder folgen soll oder nicht.

Christian Brügger